

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 16 (1975)
Heft: 21

Artikel: Krieg im Frieden : die Begriffe von Krieg, Frieden und Revolution in der kommunistischen, insbesondere sowjetischen Auffassung und Handhabung
Autor: Revesz, Laszlo
Kapitel: Zur politischen Semantik
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095031>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Politische Begriffe im gezielten Missverständnis

Was ist zum Beispiel eine Mehrheit, wenn sie nicht gezählt werden darf? In der «Prawda» vom 6. August schrieb Konstantin Sarodow: «Für Lenin und die Leninisten war es immer das erste Gebot der revolutionären Strategie und Taktik, sich auf die Volksmehrheit zu stützen. Die Mehrheit wird jedoch von ihnen nicht arithmetisch aufgefasst, sondern politisch. Es handelt sich um eine revolutionäre Mehrheit, die sich nicht aus der Bestellung von gewählten Vertretungsorganen der Macht ergibt...» Der Fall einer Majorität, die man nicht quantitativ verstehen dürfe, macht anschaulich, was unsere kommunistischen Partner meinen, wenn sie uns Respektierung der Mehrheit versprechen. Und er macht anschaulich, dass wir auch sonst wissen müssen, was jeweils gemeint ist.

Der «Sozialismus sowjetischer Prägung» hat in den bald sechzig Jahren seines Bestehens eine völlig neue Terminologie hervorgebracht. Sie gilt insbesondere jedem politischen Begriff, und zwar meistens so, dass er verschiedene inhaltliche Elemente erhält, abhängig vom «Klassencharakter» des gegebenen Staates. Das ist auf die dialektische Interpretation zurückzuführen, die eine objektive Definition der Begriffe zurückweist und statt dessen auf das Interesse ihrer Anwendung abstellt.

Die Folge ist, dass man im west-östlichen «Gespräch» verschiedene Sprachen spricht. Man versteht wohl, was der östliche Diskussionspartner sagt, nicht aber, was er damit meint. Dem dialektisch ungeschulten Teilnehmer entgeht, was hinter der östlichen Terminologie steckt, sogar und besonders bei den meistgebrauchten Begriffen.

Die entstehende Begriffsverwirrung gereicht jedoch dem östlichen Partner zum einseitigen Vorteil. Einmal, weil ihm der eindeutige Sprachgebrauch des Westens selbstverständlich geläufig ist (während man umgekehrt den östlichen Sprachgebrauch nicht kennt oder wider besseres Wissen ignoriert), dann aber auch deshalb, weil er sich die Interpretation vorbehalten kann, weil er nicht auf eine inhaltliche Aussage festgelegt ist. Mögen beide Seiten aneinander vorbeireden, die eine Seite tut es zielbewusst.

Für die Auswirkungen dieser ungleichgewichtigen Sachlage bleibt das Osteuropa der Jahre 1945 bis 1948 beispielhaft. Die damalige politische Begriffsverwirrung wurde lediglich von den Kommunisten zielbewusst ausgenützt. Die demokratischen Kräfte zogen schon deshalb den kürzeren, weil sie sich in der Sprachregelung der Gegenseite nicht auskannten.

In den heutigen Satellitenstaaten der UdSSR gab es in jener kritischen Periode immerhin einige Jahre lang die Koalition von Volksfrontregierungen, ja es gab Mehrparteiensysteme mit politischer Opposition. Diese wurde dann allerdings von den Kommunisten beseitigt, und auch viele der ehemaligen Koalitionspartner der KP wurden verfolgt, eingesperrt oder hingerichtet.

Wie war es möglich, dass sie sich in so kurzer Zeit aus politischen Kräften zu hilflosen Opfern wandelten? Viele dieser Politiker hatten zuvor unter täglicher Gefahr für sich selbst und ihre Familien gegen die Nazis Widerstand geleistet,

aber im Umgang mit den Kommunisten versagten sie nun. Sie verhandelten mit ihnen, ohne zu begreifen, was mit ihrer Terminologie gemeint war. Die Irreführung und Selbsttäuschung der Alternativkräfte war nicht die alleinige Ursache der folgenden Diktatur, aber sie gehörte zu ihren Voraussetzungen.

Schon längst ist das bolschewistisch-sozialistische System zum Weltsystem geworden. Solange die beiden Systeme noch voneinander isoliert waren, konnte man vielleicht die Beschäftigung mit der osteuropäischen Wirklichkeit als Sache der Spezialisten betrachten. Bei der heutigen Verflechtung in ihren politischen, wirtschaftlichen, technisch-wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Aspekten ist die Konfrontation mit System und Ideologie der kommunistischen Macht unerlässlich geworden, und das lässt sich ohne Kenntnis ihrer Terminologie nicht durchführen.

Die vermehrten Kontakte zwischen West- und Osteuropa im Zeichen der «friedlichen Koexistenz» übertragen die Auseinandersetzung immer mehr von der staatlichen auf die gesellschaftliche Ebene. Nicht nur der Staat, auch das Individuum ist der Ideologie und Terminologie des Ostens ausgesetzt. Es muss heute zur Allgemeinbildung gehören, die Terminologie des Koexistenzpartners zu erkennen, um so mehr, als dieser sich zum Ziel setzt, jegliche Sozial-, Staats- und Wirtschaftsordnung zu ersetzen, die ihm im Wege steht. Der taktische Weg zum strategischen Ziel führt unter anderem über den Sieg im semantischen Bereich der politischen Begriffsbildung.

Die weitaus meisten politisch und wissenschaftlich relevanten Begriffe haben in der marxistisch-leninistischen Terminologie nicht eine Bedeutung, sondern eine *jeweilige* Bedeutung, abhängig von der Klassenposition. Das ermöglicht auch einen in sich widersprüchlichen Inhalt. Häufig gibt es unterschiedliche Inhaltselemente für das kapitalistische und «sozialistische» System, immer aber mindestens eine Interpretation je nachdem.

Wie die dialektische Behandlung funktioniert, ersieht man am besten bei zentralen Begriffen, die man auch in der nichtkommunistischen Terminologie verwendet, was immer wieder einen Konsens vortäuscht, der in keiner Art und Weise besteht. Wir stellen einige vor.

ZETBILD erscheint alle zwei Wochen

ZeitBild

Redaktion – Administration – Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch
Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616. Banken: Spar + Leihkasse Bern 153 400 50, Deutsche Bank Frankfurt a. M. 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

Abonnementspreise

Fr. 30.– jährlich (Ausland Fr. 33.–, DM 30.–)
Studenten und Lehrlinge Fr. 20.–
(Ausland Fr. 22.–, DM 20.–)
Halbjahr Fr. 16.– (Ausland Fr. 17.–, DM 16.–)
Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.–, DM 1.50)

Wissenschaftliche Mitarbeiter SOI

Hanni Tarsis, Prof. Dr. Laszlo Revesz,
Predislav Kuburovic, Ian Tickle,
Dr. Ernest Schmidt,

Korrespondenten

Oskar Angelus (Lund), Georg Bruderer
(Bern), Dr. Alphonse Max (Montevideo),
Dr. Michael Stemmer (Tel Aviv), Valerij Tarsis
(Bern)

Redaktionelle Zusammenarbeit

Etudes politiques
Redaktion Claude Rieser

Anzeigentarif

Gemäss Anzeigenpreisliste Nr. 5

Druck und Versand

Verbandsdruckerei AG Bern
Maulbeerstrasse 10, 3001 Bern

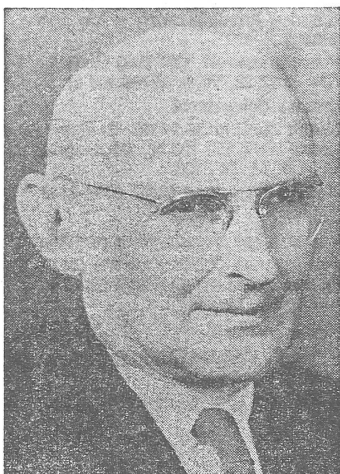
Schweizerisches Ost-Institut

Forschung und Information über internationale
Entwicklungen

SOI-Informationsträger

Etudes politiques (Monatszeitung)
Informationsdienst (Uebersicht über die
Presse kommunistischer Staaten)
Wirtschaftsdienst (Wirtschaftsentwicklung
Osteuropas)
Freier Korrespondenz-Dienst (Artikel für die
Presse Schweiz)
Swiss Press Review and News Report
(Artikel für die Presse Asien und Afrika)
Revue de la Presse Suisse – Informations –
Commentaires (Artikel für die Presse Afrika)
Mitteilungsblatt für die Freunde des SOI
Vortragsdienst
Buchhandlung (kostenlose Uebersicht:
Das aktuelle Buch)
Verlag (Taschenbuchreihe Tatsachen und
Meinungen)

Neuerscheinungen der VDB



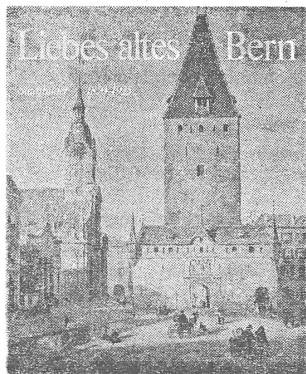
Bundesrat F. T. Wahlen

Biographie von Hermann Wahlen

Auf über 200 Seiten, im Grossformat 17×24 cm, schildert Hermann Wahlen das Werden und Wirken dieses Staatsmannes vom Emmentaler Bauernbuben zum Bundesrat. Sein Anbauwerk im Krieg, seine Tätigkeit im FAO und im Gremium der 3 Weisen in der Jurafrage sind darin fesselnd geschildert.

Geschenkband in Mattleinen mit Farbprägung, gediegen illustriert.

Bis zum 31. Dezember 1975 noch zum ermässigten Subskriptionspreis von Fr. 29.80, nachher Fr. 36.—.



Liebes altes Bern

Stadtbilder von 1850 bis 1925, ausgewählt und kommentiert von A. H. Schwengeler.

96 Bildseiten zweifarbig, mit 16 Seiten Text, Panorama und vierfarbigem Vorsatzblatt und farbigem Umschlag.

Bis 31. Dezember 1975 nur Fr. 35.—, nachher Fr. 39.80.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen. Buchverlag Verbandsdruckerei AG Bern

Freiheit

Zu den wichtigsten Parolen der ganzen kommunistischen Bewegung gehört der «Kampf für die Freiheit». Nun bedeutet aber in kommunistischer Auffassung die Freiheit wohl eine Wahl unter mehreren Möglichkeiten, aber nur in Erkenntnis der Notwendigkeit — und diese ist als Sieg des Sozialismus vorgegeben.

«Die Freiheit des Willens bedeutet nichts anderes als die Fähigkeit, Entscheide in der richtigen Erkenntnis zu fällen (. . .). In diesem Sinne besteht die Freiheit aus der erkannten Notwendigkeit.» (S. Smirnow: «Freiheit und Verantwortung», in «Kommunist», Moskau, Nr. 14/1966)

Diese «Notwendigkeit», auch «objektive Gesetzmässigkeit» genannt, wird also zum unabdingbaren Inhalt des Freiheitsbegriffes: Du bist frei,

Du bist frei, gemäss der objektiven Notwendigkeit zu handeln, die ich für dich erkannt habe

wenn du meine Erkenntnis teilst. Und als Gebrauch der Freiheit ergibt sich die Erfüllung eines apodiktischen Postulats.

Die Notwendigkeit wird auch mit dem richtigen Interesse gekoppelt, das ebenfalls vorbestimmt ist in der Zustimmung zur richtigen Gesellschaft und in der Feindschaft zur falschen:

«Die Freiheit der Wahl ist noch keine Freiheit des Handelns. Diese hängt vom Charakter der gesellschaftlichen Bedingungen ab. (. . .) Fallen die Interessen des Individuums mit jenen der herrschenden Klasse nicht zusammen, so wird seine Tätigkeit auch der herrschenden Moral widersprechen, und der Staat, der die erwähnten Interessen schützt, beschränkt die Tätigkeit des Individuums. Deshalb kann (dort) Freiheit ohne praktische revolutionäre Tätigkeit nicht existieren. (. . .) In der sozialistischen Revolution fallen die revolutionären Handlungen des Proletariats, die sich auf Erkenntnis der sozialen

Die Grundfreiheiten sind in der Verfassung nur zum Zwecke der Systemfestigung gegeben; anders existieren sie nicht

Gesetze stützen, mit den historischen Vorgängen zusammen. Folglich ist (nur) jenes Handeln tatsächlich frei, welches mit der historischen Notwendigkeit zusammenfällt.» (K. N. Krutowa und N. N. Krutow: «W. Lenin über die aktive Rolle der Moral», in «Sowjetskaja pedagogika», Nr. 4/1967)

Entsprechend wird von der Politik gesagt, dass sie *dann* die Freiheit festige, wenn sie der «objektiven Entwicklungstendenz» Rechnung trage. Sonst bewirke sie Unterdrückung der Freiheit und Etablierung der Willkür. (Ebenda)

Da aber nur der Sozialismus der historischen Notwendigkeit entspricht und mithin nur er die Bedingungen zum freien Handeln gewährleistet, ist dieses System die Bastion der richtig verstandenen Freiheit: «Die politische Freiheit aller

Staatsbürger ist in der Sowjetgesellschaft durch die ganze wirtschaftliche, soziale und politische Struktur garantiert.» («Westnik Leningradskogo Univerzitetu. Serija ekonomiki, filosofii i prawa», Nr. 3/1966)

Als materialistische Auffassung der Freiheit wird ihre strikte Zweckbedingtheit vorgestellt: Die Freiheit muss an ihren Resultaten gemessen werden. In diesem Sinne geben die «sozialistischen Staaten» Freiheit nur zu einem vorbestimmten Ziel, nämlich «eine unbeschränkte Freiheit zur Verwirklichung des sozialistisch-kommunistischen Aufbaus» (S. Popow in «Polititscheskoje samoobrasowanije», Nr. 6/1966). Gleichzeitig vereiteln sie jeden Versuch, der die Grundlagen der so aufgefassten Freiheit gefährden könnte. Dem entspricht auch die Normengebung. So werden die Freiheitsrechte in der Sowjetverfassung keineswegs bedingungslos gewährleistet, sondern expressis verbis nur «in Uebereinstimmung mit den Interessen der Werktätigen und zum Zwecke der Festigung des sozialistischen Systems» (Art. 125). Freiheit im allgemeinen wird also grundsätzlich abgelehnt. Regimegegner haben keinerlei Freiheitsrechte, weil sie diese gegen den «Sozialismus» als «objektiv gesetzmässige Entwicklungstendenz» missbrauchen würden.

Die erste nationale Konferenz der ungarischen KP nach dem Volksaufstand von 1956 erklärte im Juni 1957 in ihrem Beschluss: «Restlose Nachachtung ist dem Prinzip zu verschaffen,

«Restlose Nachachtung dem Prinzip, dass keinem Feinde des Volkes irgendwelche Freiheiten zustehen»

dass keinem Feind dieser Volksrepublik irgendwelche Freiheiten zustehen; anders ist die Verteidigung der demokratischen Rechte nicht zu garantieren.» («Nepszabadsag», 30. 6. 1957)

Und Kadar erklärte im gleichen Jahr: «In der Ungarischen Volksrepublik Demokratie und Freiheit im allgemeinen zu verlangen, kommt der Forderung von Rechten für die Bourgeoisie und den Faschismus gleich. Bei uns gibt es Freiheit und Demokratie nur für das Volk.» («Nepszabadsag», 27. 10. 1957)

Wenn also Kommunisten für den Westen die Freiheit verlangen, meinen sie damit die Beseitigung der bestehenden Freiheit (für das Nichtvolk) und die Einführung jener Freiheit, die ihrem Zwecke dient. Nach der Aufhebung der «kapitalistischen» Freiheit kann dann die «planmässige» Einschränkung der Freiheit zum guten Zweck erfolgen. Gomulka: «Nur wir, nur das System der Diktatur des Proletariats, können in aufrechter Haltung den Grundsatz der Einschränkung der Freiheit im Interesse der Freiheit verkünden.» («Nowe drogi», Warschau, Nr. 8/1967)

Dass Freiheit im kommunistischen System nie die Freiheit des Andersdenkenden ist, hat 1962 der damalige KPdSU-Chefideologe Iljitschow in folgenden Worten beispielhaft ausgedrückt: «Es gibt bei uns vollständige Freiheit zum Kampf für den Kommunismus. Es gibt aber keine Freiheit zum Kampf gegen den Kommunismus, und es kann sie auch nicht geben.» («Iswestijia», 23. 12. 1962)

Demokratie

Nicht anders als den «Kampf für die Freiheit» verkündet die internationale kommunistische Bewegung den «Kampf für die Demokratie». Aber diese ist in dialektischer Auffassung ebenso ein Klassenbegriff wie die Freiheit. Wenn es keine allgemeine Freiheit gibt, dann gibt es auch keine allgemeine Demokratie für alle Staatsbürger. Die zeitgenössischen Sowjets unterscheiden etwa zwischen bürgerlicher, nationaler, revolutionärer und sozialistischer Demokratie, wobei letztere volksdemokratisch oder — als höchste Stufe — eben sowjetisch sein kann. Für die Unterschiede zwischen den einzelnen Kategorien gilt wiederum das Kriterium des Klasseninhalts.

Laut Marxismus-Leninismus ist Demokratie immer mit Diktatur verbunden; es fragt sich nur, für welchen Teil der Bevölkerung. Eine «reine Demokratie» sei die «verlogene Phrase eines Liberalen, der die Arbeiter zum Narren hält», hatte Lenin gesagt (Ausgewählte Werke, Band 12, Moskau 1947, S. 423), und daran hält sich die einschlägige Lehre.

Mit grösster Offenheit wird für die angeblich gesetzmässige Umwandlung zum jeweils nächsthöheren Typus der Demokratie dargetan, wie die ehemaligen Mitstreiter notwendigerweise der demokratischen Rechte verlustig gehen müssen, sofern sie nicht den ganzen Weg gemeint haben.

Ausgangspunkte sind die bürgerliche Demokratie (Demokratie für die besitzende Minderheit und Diktatur für die Mehrheit) oder (in Entwicklungsländern) die nationale Demokratie (Demokratie für alle; die am Kampf gegen den Imperialismus teilnehmen). Beide Formen wandeln sich dann aber zu einer revolutionären Demokratie, in der die Demokratie nur für jene gilt, welche die revolutionäre Umgestaltung bejahen und sich dafür einsetzen. Allen übrigen Staatsbürgern gebührt rechtens die Diktatur. So werden die ehemaligen Freunde und Verbündeten zu Feinden. Von ihnen sagt man nun, dass «sie sich selbst aus der Demokratie ausschliessen», wenn sie die weiteren Veränderungen nicht mitmachen wollen. Illustrativ dazu ist in der jüngsten Geschichte die Feindwerdung von Spínola und Mario Soares als Anhänger von «provisorischen» Formen der Demokratie in Portugal.

Das Merkmal der «sozialistischen Demokratie» als nächsthöherem Typ ist ihre «Parteilichkeit», das heisst, sie ist der Parteiführung und Parteikontrolle unterstellt. («Kommunist», Nr. 13/1961, und «Politischeskoje samoobrasowanie», Nr. 12/1964)

Die sozialistische Demokratie bedeutet in offizieller Lesart auch Demokratie für die Mehrheit und Diktatur für die Minderheit, wobei die

Mehrheit nach der Aussage ihrer «Avantgarde» (der KP) durch Klassenkriterien festgestellt wird; ein Test etwa durch Wahlen mit Alternativmöglichkeiten erübrigt sich schon deshalb, weil die Zugehörigkeit zur Mehrheit nach Klassenzugehörigkeit objektiv ist, wogegen das Ausfüllen eines Wahlzettels bloss nach dem subjektiven Bewusstsein erfolgt und daher das Bild nur verfälschen könnte.

Als höchste Stufe der klassegebundenen Demokratie figuriert die Diktatur des Proletariats; hier gilt die Diktatur der ehemaligen ausbeuterischen Minderheit. Ist dann diese verschwunden, so gelangt man zum sozialistischen Staat, der den Kommunismus aufbaut (was seit 1961 die offiziell erreichte Stufe der Sowjetunion ist), und dieser ist jetzt zum «Staat des gesamten Volkes» geworden. Hier besteht nun, heisst es, die Demokratie für alle Staatsbürger guten Willens, und die Diktatur kommt nur noch gegenüber Staatsfeinden zum Ausdruck, aber nicht mehr gegenüber ganzen Klassen. («Prawo i zycie», Warschau, 6. 6. 1965)

Die sozialistische Demokratie ist mit der politischen Opposition unvereinbar. Elementen, die den Sozialismus und die führende Rolle der Kommunisten ablehnen, muss das Recht abgesprochen werden, sich in einer Partei oder Organisation zusammenzuschliessen, dies im Interesse der Festigung der sozialistischen Demokratie. («Sztandar Mlodych», Warschau, 25. 5. 1965)

Der Sozialismus verwirklicht — im Gegensatz zur formalen bürgerlichen Demokratie — die «reale» Demokratie, da sich im Sozialismus die Minderheit der Mehrheit unterordnen muss. Würde man der Minderheit politische Rechte und die Möglichkeit einer Opposition einräumen,

Demokratie ist mit Rechten für politische Opposition unvereinbar

so würde dies der grössten Verletzung der sozialistischen Demokratie gleichkommen. Einer der führenden sowjetischen Politologen, P. Rodionow, stellte in diesem Zusammenhang die Frage: «... kann man die Verletzung des Willens der Mehrheit (...) als demokratisch bezeichnen? Eine solche Erscheinung kann tatsächlich (nur) antidemokratisch genannt werden, bringt Desorientierung mit sich, verletzt die Einheit der Partei, führt zur bürgerlichen Anarchie.» («Prawda», 9. 7. 1968)

Die sozialistische Demokratie verlangt die entschiedene Verteidigung dieser speziellen Demokratie und die Liquidierung ihrer Feinde.

Aus unserem Verlagsprogramm

Mihajlo Mihajlov

Moskauer Sommer

Ein Bericht

3. Auflage 1965, 111 Seiten, broschiert, 9.80, ISBN 3 85913 023 4

Mihajlo Mihajlov

Russische Themen

1969, 251 Seiten, Leinen, 22.85
ISBN 3 85913 045 5

Friedrich Salzmann

Die Verantwortung des Schriftstellers in seiner und in dieser Welt

TM 1, 1968, 16 Seiten, broschiert, 2.40
ISBN 3 85913 036 6

Friedrich Salzmann

Mit der Freiheit leben

1967, 237 Seiten, Pappband, 16.80
ISBN 3 85913 033 1

Kampf des Glaubens

Dokumente aus der Sowjetunion.
Aus dem Russischen von G. Bruderer.
1967, 142 Seiten, broschiert, 7.80
ISBN 3 85913 029 3

Peter Parker

Vietnam — wie es wirklich war

Indochina im Kräftefeld der drei Grossmächte
1974, 322 Seiten, Paperback, als Manuskript gedruckt, 34.20

Chien-jen Chen

Die Lohnstruktur in der Volksrepublik China

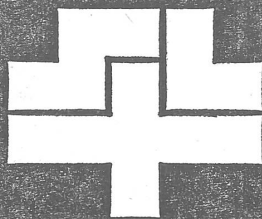
Als Manuskript gedruckt
1972, 200 Seiten, laminiertes Paperback, 36.—, ISBN 3 85913 076 6

Erhältlich in jeder Buchhandlung.

Verlag SOI

Schweizerisches Ost-Institut
CH-3000 Bern 6

Für alle Bankgeschäfte

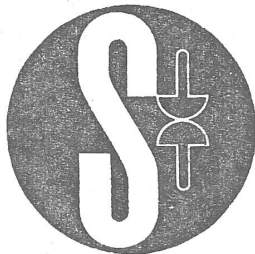


Spar + Leihkasse
in Bern

Handels- und Hypothekenbank

Bundesplatz 4 Telefon 031 2213 51

Prospekte
Kataloge
Zeitschriften
Bücher
Geschäftsdrucksachen



W. Steiger
Druck und Verlag AG
Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 4127 75



Alexander E. Heimann
Felix Thierstein

Das Bärengraben- Buch

104 Seiten
Vierfarbiger Pappband
Fr. 24.80

Viktoria Verlag
Ostermundigen

Mit Bildern von damals und von heute,
von kleinen Bären und von grossen
Bären,
vom alten Graben und vom neuen
Graben usw.

Mit Geschichten vom Bär, der ausreißt, vom Bärenraub
der Franzosen, von Doktors Vreni, das in
den Graben fällt, usw.

Ein Bärenbuch – Ein Bernerbuch!

In allen Buchhandlungen.

Basiswissen

Die Reihe «Basiswissen» richtet sich an Lehrer, Gymnasiasten und Studenten, sowie an der Erwachsenenbildung Interessierte. Die Bücher bieten Grundwissen und Repetition zum Preis einer Nachhilfestunde (je 19.80). Sie sind für den Selbstunterricht konzipiert.

Neuerscheinungen:

Basiswissen Pädagogik

Eine praxisnahe Einführung.

Ausgehend von verschiedenen Begriffen der Pädagogik wie «Lernen, Sozialisation, Erziehungsziele, Erziehverhalten» und andere werden die Aufgaben der verschiedenen Teildisziplinen der Pädagogik (wie z. B. Schul-, Sozialpädagogik usw.) dargestellt. Praktische Beispiele aus den verschiedenen Bereichen (Familie, Schule, Beruf) veranschaulichen die Theorien. Verschiedenartige Testformen am Ende der Kapitel ermöglichen eine Wissenskontrolle.

Basiswissen Psychologie

Eine praxisbezogene Einführung mit Fallbeispielen, Band 1.

Der Band geht von ganz konkreten zwischenmenschlichen schwierigen Situation in verschiedenen Lebensbereichen aus. (Isolation an der Universität, Aufgabenteilung in der Ehe, Erziehungsprobleme, Konflikt am Arbeitsplatz usw.) und deckt die zugrundeliegenden Ursachen auf. Möglichkeiten zur Behebung dieser Konflikte aus der Sicht der verschiedenen Teildisziplinen der Psychologie (Lern-, Wahrnehmungs-, Tiefen-, Entwicklungs- und Sozialpsychologie) werden aufgezeigt. Anhand von Mehrfachwahl und Problemfragen kann der Wissenstand kontrolliert werden.

Basiswissen Philosophie

Eine praxisbezogene Einführung.

Methoden vernünftigen Redens und Handelns.

Aus den weitreichenden und dem Laien oft sinnlos erscheinenden Fragen der Philosophie sind hier diejenigen Gebiete ausgewählt und dargestellt, deren Methoden Ansätze für eine Übertragbarkeit auf aktuelle Diskussionsthemen und -formen bieten.

So werden ausgehend von den grundlegenden Denkansätzen aus den Bereichen der Logik, Ethik und Sozialphilosophie Methoden des verständlichen Redens und vernünftigen Handelns auf allgemein interessierende Fragen des öffentlichen und privaten Lebens angewendet. Die praktischen Fälle reichen von der Einführung der Geschwindigkeitsbegrenzung, der Reform des Eherechts bis zu Fragen der Erziehung und des familiären Zusammenlebens.

Bereits früher erschienen:

Basiswissen Mathematik: Elemente der Algebra; lineare Aussageformen; Vektoren, Matrizen, Determinanten; quadratische Gleichungen; Elemente der Geometrie; Abbildungen und Flächensätze; Potenzen, Wurzeln, Logarithmen; Trigonometrie; Flächen- und Körperberechnungen.

Bestellcoupon

Bitte einsenden an Ihre Buchhandlung oder an **verlag moderne industrie**,
Postfach, 8050 Zürich.

Wir bestellen (fest / zur Ansicht) — Zutreffendes unterstreichen!

Name: _____

Adresse: _____



verlag moderne industrie

Politik

Will man die Stellungnahme des Sowjetlagers zu den internationalen Problemen prüfen, so muss man davon ausgehen, was die Politik in marxistisch-leninistischer Sicht ist: die Regelung der Beziehungen zwischen den Klassen untereinander (oder zwischen den Klassen und dem Staat, der ebenfalls als Klassenprodukt verstanden wird).

In der «antagonistischen Klassengesellschaft» jedenfalls ist also die Politik in dieser Lesart nichts weiter als ein Austragungsmodus des Klassenkampfes.

Eine Unterscheidung zwischen Innen- und Aussenpolitik wird dabei grundsätzlich nicht gemacht; man sieht den Klassenkampf, was immer seine spezifischen Formen sein mögen, als unteilbare Gesamtheit an. («Der Klassenkampf ist so international wie das Kapital.»)

Die richtige Politik ergibt sich aus der Parteinahme im Klassenkampf. Die sogenannte sozialistische Politik wird als wissenschaftlich begründet dargestellt, weil sie auf «objektiven Gesetzmässigkeiten» (Sieg des Sozialismus) beruht. Somit verkörpert sie nicht nur das Gute, sondern auch die Zukunftsverheissung, auch hier im Gegensatz zur bürgerlichen Politik, die sich den Gesetzmässigkeiten widersetzt und zum Scheitern verurteilt ist.

Wenn die Aussenpolitik als internationaler Klassenkampf definiert ist, muss entsprechendweise die Liquidierung des Klassenfeindes als politisch richtige Zielsetzung auch des zwischenstaatlichen Verkehrs verstanden werden. Dazu sind alle Mittel legitim, ja obligatorisch, die sich als zweckmässig erweisen. Schranken setzen lediglich die bestehenden Machtverhältnisse. Sie sind nicht an sich zu respektieren, sondern bloss nach der Zweckmässigkeitsregel zu beachten.

Gerade die sowjetische Theorie legt grössten Wert auf die Forderung, Innen- und Aussenpolitik eines kommunistisch regierten Staates sollten eine organische Einheit bilden, die sich auf die «objektive Gesetzmässigkeit des unvermeidlichen Sieges im Weltmassstab» stütze (u. a. «Woprosy istorii KPSS», Nr. 8/1968). Relativierungen dieses Anspruches gelten nicht der Sache, sondern nur der Methode, denn die Politik muss auf die erkannten «Entwicklungstendenzen» Rücksicht nehmen und hat sich in Zeit und Ort den jeweiligen Entwicklungsphasen in den jeweiligen Ländern anzupassen.

Die Handhabung der Aussenpolitik auf der Grundlage der klassegebundenen Philosophie des Marxismus-Leninismus entspricht dem ideologischen Selbstverständnis und der politischen Selbstdarstellung. Demnach müsste z. B. die sowjetische Aussenpolitik — richtiges Begreifen der schliesslich als wissenschaftlich deklarierten Weltanschauung vorausgesetzt — eigentlich berechenbar, ja zwingend sein. Sie würde sich aus dem Klassencharakter der jeweiligen Staaten ergeben. So müsste es unterschiedliche Kriterien für den Umgang mit sozialistischen Staaten, mit Entwicklungsländern oder imperialistischen Mächten geben.

Tatsächlich erhebt die UdSSR auch auf solche Prinzipien Anspruch. Aber weil die Auslegung der Klassenkampfkriterien ausschliesslich den Machthabern zusteht, ist ihr Bedürfnis freilich die massgebliche Grundlage ihrer Politik und

Aussenpolitik. So kann es geschehen, dass die zweifellos nichtkapitalistische Volksrepublik China eine erstrangige Feindrolle zu spielen hat, im Unterschied zur zweifellos kapitalistischen BRD usw.

Die theoretischen Grundlagen der Aussenpolitik bedeuten also nicht, dass etwa die Sowjets notgedrungen in ihrem Sinne handeln würden. Aber sie bedeuten im Minimum immer, dass die ausserpolitischen Aktionen damit gerechtfertigt werden. Das machtpolitische Vorgehen wird unter Berufung auf die Theorie immer legitimiert.

Das ist übrigens kein bloss akzidenteller Missbrauch der Ideologie. Diese gebietet ja ausgesprochenerweise die Relativierung aller Werte durch die richtige Interpretation der Klassensituation. Somit erhält diese Interpretation den Wert der absoluten Massgeblichkeit. Und recht hat somit derjenige, der die Macht hat, seine Interpretation als massgeblich durchzusetzen. Das ist keine Perversion der dialektischen Denkart, sondern ihre Konsequenz. Wo die Macht nicht hinreicht, zeigt sich die Beliebigkeit der Interpretation. Auf der Grundlage ihrer marxistisch-leninistischen Einsicht *beweist* die chinesische Führung, dass die Sowjetführung faschistisch ist, und umgekehrt.

Patriotismus

Die kommunistische Weltbewegung setzt sich in den nichtsozialistischen Staaten gegen den Patriotismus, gegen die traditionelle Vaterlandsliebe ein; sie stempelt sie als konservative und fortschrittsfeindliche Erscheinung ab und verlangt die Unterordnung des Patriotismus unter den Internationalismus. Der «sozialistische Patriotismus» wird hingegen gross geschrieben und überall propagiert.

Wie Freiheit und Demokratie gilt auch der Patriotismus als Klassenbegriff und hat verschiedene Inhalte in den verschiedenen sozialen Systemen. «Das Bürgertum will den Patriotismus als einen über den Klassen stehenden Begriff verstanden wissen, um dadurch seiner Herrschaft ideologischen Rückhalt zu geben. Darum muss das Proletariat ihn bedingungslos ablehnen», schrieb Lenin. (Werke, Bd. 27, S. 330)

Der Hauptinhalt des Patriotismus ist nach kommunistischer Auffassung das Klasseninteresse. Aus diesem Grunde werden bürgerlicher und proletarischer Patriotismus einander gegenübergestellt. Der proletarische Patriotismus «ist ein Gefühl, das die Werktätigen zum Kampf gegen die eigenen und fremden Unterdrücker mobilisiert und die Sache der sozialistischen Revolution vorwärtsbringt» (Lenin, Werke, Bd. 26, S. 108).

«Der Patriotismus der Arbeiterklasse und ihres Vortrupps dient ausschliesslich und vollumfänglich der revolutionären Befreiung der unter dem Joch des Kapitals schmachenden Werktätigen, der Er kämpfung der Macht des Proletariats und der Festigung der neuen, sozialistischen Ordnung, also dem sozialistischen Patriotismus.» («Meschdunarodnaja schisn», Nr. 12/1961)

Folgende Worte Lenins werden auch heute im politischen Kampf gegen den Kapitalismus/Imperialismus ausgenützt:

«Die politischen, sozialen und kulturellen Bedingungen seines Kampfes können dem Proletariat

nicht gleichgültig bleiben, und deshalb kann ihm auch das Schicksal seines Vaterlandes nicht gleichgültig sein. Das Schicksal seines Vaterlandes interessiert es jedoch nur insofern, als sich dieses auf seinen Klassenkampf auswirkt, nicht aber aus irgendeinem bürgerlichen Patriotismus.» (Werke, Bd. 15, S. 193)

Indirekt dient der Begriff des sozialistischen bzw. proletarischen Patriotismus der KPdSU nur dazu, sich die internationale Bewegung unterzuordnen. «Der sozialistische Patriotismus und der proletarische Internationalismus bedeuten heute nicht nur die Ergebenheit gegenüber dem eigenen Vaterland, sondern auch gegenüber der sozialistischen Staatengemeinschaft; beide sind mit der proletarischen Solidarität der Werktätigen der Welt eng verbunden.» («Kommunist», Nr. 1/1969, redaktioneller Leitartikel)

Volk

«Volk» und «Volksmacht» gehören im Vokabular aller kommunistischen Parteien zu den meistgebrauchten Begriffen. Und man kann kaum einen grösseren Fehler machen, als sie zu einem nichtkommunistischen Nennwert zu nehmen, wenn sie von KP-Seite gebraucht werden.

Einer weitverbreiteten These zufolge bilden die «werkstätigen Massen der Bevölkerung» das Volk (Grosse Sowjetenzyklopädie, 2. Ausg., Bd. 29, S. 131). Schon abgesehen davon, dass auch die Zugehörigkeit zu den werktätigen Massen der Interpretation bedarf, ersieht man schon aus dieser lexikographischen Gebrauchshilfe, dass das Volk nicht als Gesamtheit verstanden wird, sondern als Auswahl.

Tatsächlich legt die sowjetische Theorie Wert auf die Feststellung, dass nicht alle Staatsbürger zum Volk gehören, dass Volk und Bevölkerung keine identischen Begriffe sind.

Der Begriff «Volk» hat überhaupt keinen unveränderlichen Inhalt, und Kommunisten brauchen dementsprechend die zugehörigen Schichten auch keineswegs endgültig zu definieren. Für das kapitalistische Ausland insbesondere tendiert man zu der Lösung, dass das Volk die «fortschrittlichen Elemente» (und wer — ausser der KP — kann diese verbindlich bestimmen?) umfasse.

Im übrigen bleibt der Masstab ohnehin vorbehalten: «Die objektiven Forderungen der progressiven Entwicklung — das sind die Kriterien, nach denen man feststellen kann, welche Klassen und Bevölkerungsgruppen das Volk bilden.» («Polititscheskoje samoobrasowanie», Nr. 7/1964)

Es bleibt ausdrücklich zu betonen, dass das so verstandene Volk keineswegs an einen Mehrheitsbegriff gebunden ist. Die jüngste Illustration dafür bietet Portugal, wo die KP und ihr Chef Cunhal grössten Wert darauf legen, die Ansprüche der nachgewiesenen Majorität zurückzuziehen zugunsten eines Totalanspruches des «Volkes». Hier also gehören gut 80 Prozent der Wahlberechtigten nicht zum Volk, und die Demokratie als Volksherrschaft würde nichts anderes bedeuten als die Herrschaft eines minderheitlichen Volkes über ein mehrheitliches Nichtvolk.

In gefestigten sozialistischen Verhältnissen darf dann ohne weiteres die Mehrheit der Bevölkerung zum Volke gezählt werden. Das hängt mit der Art zusammen, wie die Volksrechte realisiert werden.

Souveränität

Will man im internationalen Umgang den Fallen der unterschiedlichen Sprachregelung entgehen, so ist der kommunistischen Sinngebung des Wortes «Souveränität» ein besonderes Augenmerk zu schenken, gerade weil es vermeintlich so allgemein anerkannt ist.

Politische Unabhängigkeit hat mit Souveränität nichts zu tun

Nach marxistisch-leninistischer Auffassung handelt es sich bei der Souveränität nicht um einen juristischen, sondern um einen politischen Begriff, aus dem sich keine formellen Ansprüche ableiten lassen. («Sowjetskoje gossudarstwo i pravo», Nr. 6/1972)

Die gleiche sowjetische Rechtszeitschrift polemisiert übrigens gegen die Auffassung, dass die politische Unabhängigkeit Voraussetzung zur staatlichen Souveränität sei. (Ebenda)

Das ist an sich nichts weiter als eine Anwendung der Regel, wonach der Inhalt der Begriffe immer von den gegebenen Klassenverhältnissen abhängig ist. So weisen bürgerliche Staaten auch bei «formeller» politischer Unabhängigkeit nur eine Scheinsouveränität auf. Dafür bringen sozialistische Staaten ihre Souveränität gerade in der gegenseitigen Abhängigkeit zum Ausdruck, das heisst vorläufig noch gerade durch ihren Anschluss an jenes Land (die UdSSR), dessen Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus «universale Geltung» haben.

Sollte nun ein Land im Begriff sein, sich vom

Sozialismus abzuwenden, so beweist es eben damit, dass es seine richtig verstandene Souveränität verloren hat, und ein Eingriff von aussen kann deshalb gar keine Souveränitätsverletzung bedeuten.

Souveränität gibt es nur im Sozialismus; also ist ein nichtsozialistischer Souveränitätsanspruch von vornherein ungültig

Ein Recht auf Souveränität besteht nicht an sich, sondern nur nach Massgabe der politischen Zweckmässigkeit, der es untergeordnet ist. («Woprosy istorii KPSS», Nr. 9/1965)

Nach ihrer Invasion der Tschechoslowakei veranlassten die Sowjets, dass Gustav Husak auf der kommunistischen Weltkonferenz von 1969 in Moskau gegen die «Interpretation» protestierte, wonach Souveränität auch gegenüber der UdSSR in Anspruch genommen werden könne:

«Unsere eigenen Erfahrungen zeigen, dass eine Lösung der Souveränität, die ihres Klasseninhalts beraubt ist, eine raffinierte und sehr wirksame Waffe der rechtsopportunistischen, revisionistischen und antisozialistischen Kräfte darstellte.» («Informations-Bulletin», Prag, Nr. 11 bis 15/1969)

Die Sowjetunion beansprucht für sich, dass ihre Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus universalen Charakter haben. Daraus leitet sie nicht nur das Recht, sondern im Sinne des «sozialistischen Internationalismus» auch die Pflicht ab, ein Land, das auf ihre Errungenschaften verzichtet will, auf den richtigen Weg zurückzuführen. Eine Definition des «sozialistischen Internationalismus», die das Interventionsrecht mit ein-

schliesst, ist 1971 sogar in die bulgarische Staatsverfassung aufgenommen worden. So ist die «sozialistische Souveränität» in der Tat mit dem bourgeoisen Souveränitätsbegriff nicht zu verwechseln.

Natürlich ist dieser sowjetische Anspruch auf die osteuropäische Souveränität nicht schlechthin kommunistisch, sondern «nur» eine machtmässige konkrete Anwendung der kommunistischen Begriffsrelativierung nach Klassenkampfkriterien. Massgeblich wird auch hier die Interpreta-

Neu im Verlag SOI Bern

Mario Puelma

Chile 1970-1973

Die Zerschlagung einer Demokratie

Zweite, stark erweiterte Auflage
 TM 28, 1975, 248 S., ill., br., 24.-
 ISBN 3-85913-075-7

Diese Dokumentation, deren erste Auflage überraschend schnell vergriffen war, will keine fertigen Lösungen bieten oder Lehren verbreiten, sondern Erkenntnis vermitteln und zur kritischen und selbständigen Wahrheitssuche abseits der ideologisch vorgeprägten Meinung anregen. Dazu bietet sie in aller Sachlichkeit und mit zahlreichen Dokumenten belegt die Mittel und Wege. Das Buch erhält eine neue und nicht weniger bedeutsame Aktualität: Die Erfahrungen aus dem Scheitern Allendes sollen der kommunistischen Partei Portugals helfen, den Kampf um die Macht erfolgreich zu gestalten. Ein Verdienst dieses Werkes ist die sehr umfangreiche Bibliographie von chilenischen Originaldokumenten und von Sekundärliteratur aller Richtungen aus mehreren Ländern zu Aufstieg und Fall Allendes und seines marxistischen Regimes.

Verlag SOI
 Schweizerisches Ost-Institut
 CH-3000 Bern 6

Recht und Gesetz

Das Recht wie das Gesetz bedeutet den Willen der herrschenden Klasse, dessen Inhalt durch die materiellen Interessen eben dieser Klasse bestimmt wird (Grosse Sowjetenzyklopädie, Bd. 34, S. 349), während das Recht in einem sozialistischen Staat des gesamten Volkes (Sowjetunion) «der Wille des ganzen Sowjetvolkes» ist. («Sowjetskoje gossudarstwo i pravo», Nr. 11/1962)

Weil aber der Volkswille eine Resultante der richtig verstandenen Volksinteressen darstellt, kann er nicht von den übersichtslosen individuellen Bestandteilen der Bevölkerung ausgedrückt werden, nicht einmal in Summierung. Weil er objektiver Natur ist, lässt er sich gar nicht plebiszitär erfassen, sondern nur elitär durch die Instanz, die zur objektiven Erkennung seiner Interessen befähigt ist.

Mit andern Worten: Damit das Volk wissen kann, was es will (was seinem gesamten Interesse dient, und nicht den je eigenen Interessen), muss man es ihm verbindlich sagen. Wer ist «man»? Die folgende Stelle mit ihrer unendlichen Annäherung sagt es:

«Nur die aktivsten, erfahrensten und bewussten Individuen erkennen die objektiv bedingten Interessen und Bedürfnisse des ganzen Volkes richtig und bilden den Willen des gesamten Volkes.» (A.S. Pigolkina: «Die Auslegung der Normativakte in der UdSSR», russisch, Moskau 1962, S. 12)

Das Recht ist also im «Sozialismus» der Parteiwille: «Das Recht wird ... als Mittel zur Ver-

wirklichung der Parteidirektiven formuliert, entwickelt und angewandt. (...) Die Formung des Staatswillens des gesamten Volkes, der das Wesen des Sowjetrechts in der Periode des kommunistischen Aufbaus darstellt, erfolgt unter der Führung der Kommunistischen Partei.» (W.M. Semanow: «Die Prinzipien des sowjetischen sozialistischen Rechts des gesamten Volkes». «Iswestija wysschich utschebnych sawedenij. Prawo wedenie», Nr. 1/1964)

Die Grundlage des Rechts bildet also die Parteidirektive. Sie ist die wichtigste Rechtsquelle, die den Volkswillen ausdrückt.

Das «qualitativ neue Recht», für welches die Kommunisten in der ganzen Welt kämpfen, ist demnach der Parteiwille. Und zwar — infolge der Führungsrolle der KPdSU in der internationalen kommunistischen Bewegung — im entsprechenden Einflussbereich nicht einmal der Wille der eigenen Partei, sondern jener Moskaus.

Die kommunistische Bewegung kämpft für einen Staat, der das «Gewaltorgan der herrschenden Klasse» sein soll, zunächst ein Instrument zur Verwirklichung des Willens des Proletariates. Da aber der «Vortrupp des Proletariates» die KP ist, wird der Staat zum Gewaltorgan der KP. Nicht nur über die ehemaligen Klassenfeinde, sondern auch über alle oppositionsfähigen und -bereiten Elemente des Proletariates. Der propagierte Staat der Diktatur des Proletariates wird auf diese Weise zum Staat der Diktatur über das Proletariat.

tion desjenigen, der die Macht hat, sie durchzusetzen, und nichts hindert ihn, seine schieren Machtinteressen ideologisch richtig zu begründen. Kommunistisch ist nicht das Alibi dieses oder jenes Machtzentrums, sehr wohl aber die beliebige Alibimöglichkeit für beliebige Machtzentren.

Aufschlussreiche Polemik unter Kommunisten: Die jeweilige Souveränitätsverletzung wird angeprangert, aber die Begriffsrelativierung bleibt

Ausserhalb des sowjetischen Gravitationsfeldes ist die sowjetische Okkupation der CSSR durchaus von kommunistischer Seite angefochten wor-

den. Als instruktives Beispiel lässt sich der Beschluss des jugoslawischen Zentralkomitees vom 23. August 1968 zitieren, den übrigens Belgrad seither diskret vergessen hat — wiederum eine bloße Frage der Machtverhältnisse:

«Die Intervention gegen die CSSR darf unter keinen Umständen als Verteidigung des Sozialismus ausgegeben werden. Auch richtete sie sich gegen keinerlei Konterrevolution, sondern hat in Wirklichkeit gerade der Arbeiterklasse und der KPTsch einen Schlag versetzt. (...) Es gibt keine strategischen Interessen des Kampfes gegen den Imperialismus, der diese Intervention rechtfertigen würde.» (Kapitel I)

«Die Besetzung der CSSR stellt keinen zufälligen Fehler dar, sondern ist Folge der hartnäckigen Entschlossenheit, die Widersprüche und Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Sozialismus (...) durch verstärkte Gewaltanwendung zu lösen, um die Existenz überholter Verhältnisse und Institutionen zu verlängern.» (Kapitel II)

Bei dieser Stelle ist zu beachten, dass die Verurteilung der sowjetischen Intervention keineswegs deshalb erfolgt, weil die tschechoslowakische Souveränität mit Füßen getreten worden ist, sondern lediglich deshalb, weil die Begründung dafür falsch ist. Der Tschechoslowakei wird bescheinigt, dass sie weder den Sozialismus verraten noch sonst etwas begangen habe, was — das ist doch die Unterstellung! — eine Intervention gerechtfertigt hätte. Eine Verteidigung der Souveränität als solcher hätte ganz anders auszufallen: «Ob nun die Tschechoslowakei den Sozialismus verraten hat oder nicht, lasst eure Panzer davon! Sie ist ein souveräner Staat und kann machen, was sie will.» Aber ein solches Einstehen für Souveränitätsrechte ohne Vorbedingungen liegt eben für Kommunisten nicht drin.

Auch China geht nur scheinbar von der Relativierung des Souveränitätsbegriffes ab, wenn es die Okkupation der CSSR als faschistischen und imperialistischen Angriff auf ein souveränes Land anprangert. Das ist zwar schonungslos, aber trotzdem nicht eindeutig. Man wird dessen gut gewahr, wenn man sich erinnert, dass für Peking die Kolonialisierung Osteuropas durch die Sowjets erst seit den Zeiten Chruschtschows und vor allem Breschnews gegeben ist; für die totale Satellisierung Osteuropas zuvor gibt es keine Souveränitätsverletzung zu vermerken. Zwar nimmt heute die Guttheissung Stalins durch die Chinesen ab (umgekehrt proportional zu seiner zunehmenden Guttheissung durch die Sowjets), aber das bedeutet höchstens eine neue Anwendung der dialektischen Begriffsauffassung. Also auch in diesem Fall: Die Souveränität ist nichts; die Interpretation ist alles.

Die «Breschnew-Doktrin» ist nur die zeitgemässe Anwendung der alten Klassenkriterien

Die sogenannte Breschnew-Doktrin der beschränkten Souveränität hat einiges zu reden gegeben. Aber sie ist nichts weiter als die heute machtmässig relevante Ausprägung des ideologischen Anspruchs, nach Klassenkriterien über die wahre oder falsche Souveränität befinden zu können. Und dieser Anspruch kann gar nicht anders, als Doktrinen dieser Art zu gebären — unter welchem Namen auch immer. Die Arroganz der Macht hat ihre Wurzel in der Anmasung des Denkens.

T M

Tatsachen und Meinungen

Die aktuelle Taschenbuchreihe für Zeitgeschichte und Politik aus dem Verlag SOI Schweizerisches Ost-Institut

- | | |
|---|--|
| 1 Friedrich Salzmann
Die Verantwortung des Schriftstellers in seiner und in dieser Welt
1968, 16 Seiten, broschiert, 2.40 | 19 László Révész
Export der Revolution
1971, 144 Seiten, broschiert, 9.80 |
| 3 Daniel Ivin
Revolution und Evolution in Jugoslawien
1968, 80 Seiten, broschiert, 5.80 | 20 Ervin György
Ich kämpfte für den Frieden
Erinnerungen eines Funktionärs aus dem Ostblock
1972, 100 Seiten, broschiert, 7.80 |
| 4 László Révész
Die Frau im Sowjetreich
1969, 87 Seiten, broschiert, 5.80 | 21 A. Scheltow / M. Korobejnikow
Soldat und Krieg
1972, 108 Seiten, broschiert, 14.80 |
| 9 Erwin Heimann
Ein Volk sucht seinen Weg
Erfahrungen in Rumänien
1969, 47 Seiten, broschiert, 3.60 | 22 László Révész
Organisierte Jugend
Die Jugendbewegung in der Sowjetunion
1972, 136 Seiten, broschiert, 15.20 |
| 11 Koexistenz 1970
Spannung und Entspannung zwischen Ost und West
1970, 134 Seiten, broschiert, 8.50 | 23 László Révész
Der Bauer in der Sowjetunion
1972, 128 Seiten, broschiert, 13.80 |
| 13 Elisabeth Schürer
Die Intelligenz im Sowjetreich
1970, 131 Seiten, broschiert, 7.80 | 24 Karl Klausen
... und hofften auf die heile Welt
Bekenntnisse eines Emigranten
1973, 164 Seiten, broschiert, 17.20 |
| 14 László Révész
Die Liquidation der Sozialdemokratie in Osteuropa
1971, 116 Seiten, broschiert, 7.90 | 25 Jeanne Hersch
Problèmes actuels de la liberté / Aktuelle Probleme der Freiheit / Contemporary Problems of Freedom / Problemas actuales de la libertad
Ein Vortrag
viersprachig in einem Band
1973, 80 Seiten, broschiert, 8.80 |
| 15 Salvador de Madariaga
Ueber die Freiheit
1970, 28 Seiten, broschiert, 3.60
Auch in französischer, englischer und spanischer Fassung erhältlich | 29 Robert Müller-Sternberg
Machtmonopol und Gewissensfreiheit
Der Kommunismus und seine russischen Kritiker
1974, 100 Seiten, broschiert, 10.50 |
| 16 Georg Bruderer
Sowjetische Stimmen zum Russland von morgen
1971, 64 Seiten, broschiert, 5.80 | |